

WECF im Interview mit dem Bündnis Bürgerenergie e.V.

SDG 7 - Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger & moderner Energie für alle



Marco Gütle, Projektmanager BBEn

Mit dem siebten Nachhaltigkeitsziel der UN soll der Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle gesichert werden. Inwiefern haben wir dieses Ziel in Deutschland schon erreicht?

Wenn es um *bezahlbare Energie* für alle geht, dann lässt sich sagen, dass der *Strompreis* für einige in Deutschland zu hoch ist. Energiearmut ist hier das Schlagwort. Da sind wir also noch nicht ganz am Ziel, wobei sich in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern die meisten Menschen den Strompreis leisten können. Einige Stromversorger sind auch dazu übergegangen, ‚Prepaid-Strompakete‘ anzubieten, um Verbraucher*innen eine bessere Planung zu ermöglichen.

Bei der *Verlässlichkeit der Stromversorgung* in Deutschland erzielen wir laut Bundesnetzagentur, die mit Hilfe der Daten der Netzbetreiber Versorgungsunterbrechungen ermittelt, jedoch Rekordwerte.

Von *nachhaltiger Energie* können wir allerdings erst sprechen, wenn sie 100% erneuerbar ist, und da haben wir noch einen langen Weg vor uns. Auch wenn wir uns im Stromsektor hin zu mehr Erneuerbarer Energie bewegen, gibt es im Wärme- und Verkehrssektor noch viel zu tun.

Welche konkreten Lücken existieren noch?

Im *Stromsektor* müssen wir noch viel schneller werden - die Energie muss bis zum Jahr 2050 zu 100% aus Erneuerbaren gewonnen werden, bis zum Jahr 2030 mindestens zu 65% aus Erneuerbaren. Wir brauchen mehr Anstrengungen in den Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien, und müssen im

Wärmesektor überhaupt erst einmal anfangen und darüber nachdenken, wie wir in der kalten Jahreszeit emissionsfrei unsere Häuser geheizt bekommen. Im Wärme- und Verkehrssektor ist es offensichtlich, dass der politische Wille für eine Wärme- und Verkehrswende fehlt. Bei einer Wärmewende müsste man so ambitioniert vorgehen, dass Investitionen von Miethausbesitzer*innen so organisiert werden, dass es sich nicht auf die Miete schlägt, um einem Dilemma aus Sicht einer mieterfreundlichen Umweltpolitik zu entgehen.

Ähnlich im *Verkehrssektor*, hier gibt es auch noch sehr großen Handlungsbedarf, und dabei geht es nicht nur um Elektroautos, sondern auch darum, dass wir seit 1990 aufgrund verschiedener Entwicklungen wie dem SUV Boom und aktiven politischen Entscheidungen bspw. zu Grenzwerten, die wir auch versuchen auf europäischer Ebene zu blockieren, überhaupt keine Energie eingespart haben. Bei den Emissionswerten sind wir also noch komplett am Anfang. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist ohnehin absolute Voraussetzung für eine nachhaltige Energieversorgung im Verkehrssektor, und hier gibt es noch fast eine 100%ige Lücke.

Laut deutscher Nachhaltigkeitsstrategie erfolgt die nationale Umsetzung des SDG7 mit der Energiewende. Welche Rolle spielt die ‚Bürgerenergie‘ für die Energiewende?

Bürgerenergie war, ist und soll ein Kernstück der Energiewende sein. Wenn wir uns den Stromsektor anschauen, könnten wir überspitzt sagen, dass die *Bürgerenergie die Energiewende erfunden* hat.



Bürgerenergie: Bewegen. Gemeinsam. Vor Ort.
Quelle: Bündnis Bürgerenergie e.V., Jörg Farys.

Denn, die großen Akteure hatten lange kein Interesse daran, erneuerbare Energie zu produzieren, und selbst die relativ guten Förderbedingungen, die es durch die letzten EEGs (Erneuerbare-Energie-Gesetz) gab, zu nutzen. Hingegen haben sehr viele kleine Akteure von dieser Förderung Gebrauch gemacht, und die Energiewende mit PV Anlagen auf ihren Dächern und mit Bürger-Windrädern vorangetrieben. Energiebürger*innen haben dafür gesorgt, dass ein Markt für erneuerbare Energietechnologien entstanden ist, und somit die Preise für diese Technologien und Komponenten wie bspw. Wechselrichter massiv nach unten getrieben.

Im Jahr 2012 haben wir eine Erhebung mit beauftragt, die aufzeigt, dass ca. 50% der installierten Kapazität der Erneuerbaren im Stromsektor in der Hand der Bürger*innen liegt. Das ist u.a. aufgrund von politischen Entscheidungen in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Allerdings sind wir der Meinung, dass wir die gesetzten Ziele im Energiesektor nur mit dem Engagement der Bürger*innen und nicht technokratisch erreichen. Denn, die Energiewende erfordert eine Umstellung der ganzen Gesellschaft und benötigt daher auch neue Formen der Energienutzung, die im Interesse der Einzelnen, der Bürger*innen vor Ort liegen, und sie Bezug haben zu ihren Anlagen, die sie vor Ort bauen. Die Debatte um mangelnde lokale Teilhabe an Windrädern – von einigen verkürzt als mangelnde „Akzeptanz“ beschrieben – ist hier sehr präsent. Beispielsweise haben wir mit der 10H-Regelung in Bayern gesehen, dass gegen die Windkraft Politik gemacht wird. Hier hat die bayerische Energiepolitik lokale Diskussionen um Windräder zum Anlass genommen, den Windkraft-Ausbau komplett lahmzulegen.



Bild: Bedeutung der Akzeptanz für die Energiewende.

Quelle: Bündnis Bürgerenergie e.V.

Quelle: Umfragen der AEE unter den 90 Energie-Kommunen, n=31
Stand: 7/2015

Wie kann die Bürgerenergie bestehende Lücken im Hinblick auf Chancen- und Geschlechtergleichheit im Energiesektor in Deutschland schließen und auch das Thema Energiearmut aufgreifen?

Sozioökonomische Betrachtungen von Bürgerenergieprojekten zeigen, dass sich bisher eher ältere, wohlhabendere und männliche Personen beteiligen. Wir sehen jedoch das Potential in der Bürgerenergie, dass die Beteiligung auch breiter wird und dass, wenn die Bedingungen stimmen, es auch von Gruppen genutzt werden kann, die bisher nicht im Fokus standen.

Ein Beispiel ist der sogenannte Mieterstrom, wobei nicht nur Eigenheimbesitzer Anlagen bauen und für den Eigenverbrauch nutzen dürfen, sondern auch Haushalte profitieren, ‚die kein eigenes Dach haben und sich unter einem Dach einmieten‘. Die Partizipation ökonomisch benachteiligter Haushalte wird jedoch bisher nicht sichergestellt. Auch das Thema Gender ist im Energiesektor weiterhin ein Problem. Doch solange die Energieerzeugung eine Spezialisten-Domäne bleibt, wird es auch künftig schwierig sein, alle Menschen einzubeziehen. Während es natürlich auch um Informationsbereitstellung und Aufklärung geht, muss es vor allem noch ökonomisch sinnvoller werden in die Energieversorgung einzusteigen und bspw. als Genosse und Genossin die Mieterstrommodelle zu unterstützen, weil diese günstigeren Strom anbieten als lokale Versorger.

Was steckt hinter der neuen europäischen Erneuerbare-Energie-Richtlinie und was wird sich in Deutschland durch sie ändern?

Menschen die bisher nur Energieverbraucher waren, werden mit der Richtlinie auch Produzenten, sogenannte ‚Prosumer‘¹.

Sie werden mit Rechten ausgestattet und dürfen ihre eigene Energie mit anderen zusammen erzeugen. Gerade vor dem Hintergrund regionaler Entwicklung ist diese Richtlinie sehr positiv, aber voraussichtliche Veränderungen für Deutschland bleiben abzuwarten.

¹ Auf ‚Prosuming‘ und die künftige Realisierung wird genauer in der Publikation „Bürgerenergie – Heute und Morgen“ eingegangen.

Die Richtlinie könnte für den *Mieterstrom* interessant sein, allerdings behalten sich die Mitgliedsstaaten vor, zwischen individuellen und kollektiven Eigenverbrauchern zu unterscheiden, und kollektive Eigenverbraucher anders mit Entgelten, Umlagen etc. zu belasten. Wünschenswert wäre, wenn es keine Unterscheidung zwischen individuellen und kollektiven Eigenverbrauchern geben würde, so dass auch Mieter vom kostenlosen Eigenverbrauch profitieren und im Rahmen dieser Regeln Photovoltaik-Anlagen von 30KW auf dem Dach haben können; allerdings wird das aufgrund der möglichen Trennbarkeit in Deutschland eher nicht passieren.

Durch die Richtlinie wäre auch ein *Peer-to-Peer Handel* denkbar, und damit eine Win-Win Situation für Bürger*innen mit und ohne Anlagen. Das bedeutet, Personen mit Anlagen, die mehr Strom erzeugen als sie verbrauchen, können diesen Überfluss an Personen ohne Anlagen verkaufen – einer spart, einer verdient sich etwas dazu.

Positiv sind auch die *erhöhten Freigrenzen beim Eigenverbrauch* zu bewerten. Das bedeutet, dass auch Anlagen größer als 10kW Leistung von Entgelten und Umlagen für den Eigenverbrauch befreit sind. Das ist nicht nur ein weiterer Schub für den Eigenverbrauch von Haushalten in Deutschland, sondern auch für kleine Gewerbe. Inwiefern das für sozial schwächere Haushalte ein Vorteil sein wird, weil sie dann bspw. durch günstigeren Strom vom Mietshaus-Dach profitieren müssen wir erst noch sehen, da bin ich etwas skeptisch.

Die Benachteiligungen für Mieter und sozial schwächere Haushalte werden also durch die neue Richtlinie nicht wirklich beseitigt, weil in Deutschland zwischen individuellen und kollektiven Eigenverbrauchern entschieden werden kann und abzuwarten ist, ob der Peer-to-Peer Handel und weitere neue Rechte, für alle ökonomisch sinnvoll sein werden. Bürgerenergieösungen sollten allerdings einfach möglich, umsetzbar und kopierbar sein – es sollte nicht Rechtsanwält*innen erfordern, die erst alles rechtssicher machen müssen, sondern auch für Menschen machbar sein, die nicht so viel Zeit

haben, sich intensiv damit zu beschäftigen. Es müsste auch für Mietergemeinschaften möglich sein, in Solarsysteme vor Ort zu investieren und davon zu profitieren.

Mit welchen Aktivitäten versucht das Bündnis Bürgerenergie die Umsetzung von SDG 7 in Deutschland zu erreichen?

Unser Verein hat sich aus Initiativen vor Ort und größeren Organisationen gegründet, die Erneuerbare Energie herstellen, handeln und verkaufen. Wir haben unter unseren 200 Mitgliedern Einzelpersonen, auch größere Firmen wie Ökostromanbieter, und Bürgerenergieinitiativen und –gesellschaften wie bspw. Genossenschaften, die PV-Anlagen oder Windanlagen betreiben. Das Ziel unseres Vereins ist es, diese Initiativen besser miteinander zu vernetzen, und auch deren Wissen und Anforderungen zu verbreiten. Neben Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, sensibilisieren wir die Politik dafür, was die besonderen Anforderungen der Bürgerenergie sind und setzen uns für eine bürgernahe Energieversorgung ein. In Bezug auf Chancen- und Geschlechtergleichheit kommunizieren wir vorwiegend mit der Politik bspw. zu Mieterstrommodellen, da diese Modelle eine Möglichkeit sind, mehr Menschen zu erreichen.

Spielt die Agenda 2030 eine Rolle in Ihren Aktivitäten?

Inhaltlich arbeiten wir nicht explizit mit den Nachhaltigkeitszielen. Um aufzuzeigen, wie dringlich und notwendig die Energiewende und die Förderung von Bürgerenergie ist, nutzen wir die Pariser Beschlüsse. Also auch wenn wir inhaltlich in diesem Rahmen arbeiten, nutzen wir diesen nicht explizit für unsere politische Arbeit, da wir v.a. für Deutschland und Europa arbeiten und nicht im globalen Kontext oder Kontext von Entwicklungszusammenarbeit, wo die Ziele als politisches Instrument vielleicht eine größere Rolle spielen. Allerdings wäre die Agenda 2030 auch gut, um die deutsche Politik in die Pflicht zu nehmen, ihre Versprechen zu halten und den globalen Kontext wieder aufzugreifen.

